

„Der nächste Schritt der Mohammedaner wird sein, Rendsburg ganz zu übernehmen“

Martin Link arbeitet beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.



*Sogenannte Islamkritiker
hetzen im Internet
gegen Muslime und den Islam*

*In Ausgabe 3 / 2012
des Magazins
„Hintergrund“ berichtet
Knut Mellenthien
am Beispiel einer
Rendsburger Anekdote,
wie zusammenhang-
und niveaulos sich
antiislamischer Rassismus
im Internet vollstreckt.*

Die Propagandisten der web-Seite Politicly Incorect (PI) produzieren sich regelmäßig mit sowohl von Sachkenntnis wie von journalistischen Qualitätsansprüchen vollständig unbelasteten Ausfällen gegen Menschen muslimischer Religionszugehörigkeit sowie des Islam insgesamt. LeserInnenkommentare offenbaren indes, dass solcherart gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sich in einer unappetitlichen Fangemeinde einiger Beliebtheit erfreut.

Am 30. Januar 2012 berichtete die shz unter der auch nicht eben klischeefreien Überschrift „40 ‚Südländer‘ terrorisieren Rendsburg“ über eine Diskothekenschlägerei unter Jungerwachsenen, die mit der Inhaftierung der einen und einer Demonstration der anderen vor der Polizeiwache endete. Über diese Kneipenschlägerei berichtet PI daraufhin unter der Schlag-Zeile „Es ist Krieg in Deutschlands Städten. Und der Krieg wird sich ausweiten“. Dabei wird dem Vorfall – ohne jegliche Belege – die Täterschaft muslimischer ImmigrantInnen gegen die „deutsche Stammbevölkerung“ unterstellt. Auch noch so willkürlich zusammenkonstruiert – die Behauptung erfüllt ihren Zweck.

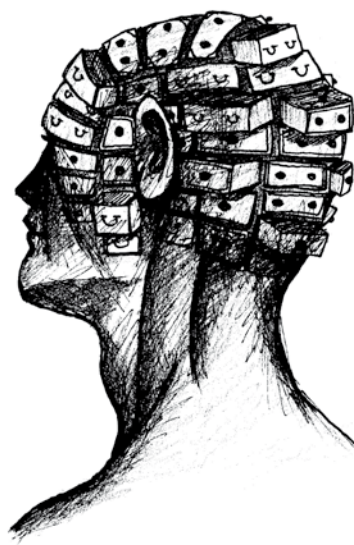
Unter dieser PI-Meldung erscheinen in der Folgezeit zahlreiche Kommentare, die vor antimuslimischen Ressentiments strotzen. Wie Speed wirkt offenbar allein die Meldung, dass die inhaftierten „Südländer“ am Folgetag schon wieder frei gelassen wurden. „Das ist genau die Botschaft, wegen der sie unseren Staat und unsere Gesellschaft nicht ernst nehmen und darum nie eine Veranlassung sehen werden, sich anzupassen.“ Schreibt da eine/r. Ein/e andere/r echauffiert sich in

großzügigem Umgang mit der Wahrheit: „Gefangenenbefreiung ist Krieg. Dieser Krieg wurde von den LinksrInnen in Kollaboration mit der Merkel-CDU in unsere Städte getragen!“

Wo der eigentliche Feind steht, erklärt ein/e Dritte/r: „Diese Kulturbereicherer können ihre abscheulichen Gewaltdelikte ausüben, weil das Linksgesocks mit seiner Diktatur der politischen Korrektheit verhindert, dass das angesprochen wird.“ Ein/e andere/r wird konkreter und nimmt den damaligen Bürgermeister Rendsburgs, Andreas Breiter, ins Fadenkreuz seiner Kritik: „Unser Bürgermeister hofiert die Südländer nach Strich und Faden. Die Verwaltung dieser linksversifften Stadt stinkt derart nach Dhimmi, man glaubt es nicht.“ Der Begriff ‚Dhimmi‘ steht in diesem Fall als in der antimuslimischen Szene gebräuchliches Schimpfwort für alle, die sich weigern, den Islam und die Muslime zu diskriminieren.

Dass es hingegen den HetzerInnen mit der Diskriminierung der Muslime allein nicht getan ist, macht folgende Auswahl von sog. Kommentaren deutlich: „Weder die Polizei ist fähig und willig, diesen Krieg zu führen noch die Justiz und schon gar nicht die Politik. Man lässt sie gewähren, lässt sie immer wieder laufen und nimmt – einer Hündin in Deckstarre gleich – alle ihre Provokationen und Gewalttaten hin.“ „Der deutsche Polizist darf seine Schusswaffe wohl erst dann einsetzen, wenn er tot ist.“ „Für viele Bürger könnte der legale Waffenbesitz überlebenswichtig sein!“ „Haben die keine Dienstwaffen und Schlagstöcke mehr? Wohl alles eingespart, um ein neues Asylbewerberheim zu bauen für die nächsten Wellen des arabischen Frühlings.“

Reihe „Islamfeindlichkeit – Gegenstrategien und Handlungsbedarfe in Schleswig-Holstein“ 2013



Und den Rendsburgerinnen und Rendsburgern, denen der Vorfall von 40 aus der Jacke gesprungenen jungen Männern noch nicht genug Anlass zur Besorgnis gibt, wird gern noch mal die Welt erklärt: „Der nächste Schritt der Mohammedaner wird sein, obwohl noch in der Minderheit, Rendsburg ganz zu übernehmen und Allahs Herrschaft auszubreiten. Zur Erinnerung: Das einst beschauliche Ferienland Schleswig-Holstein wird systematisch von Hamburg aus mohammedanisiert. Inzwischen gibt es bereits 37 Moscheen.“

PI liefert quasi täglich publizistisch denunziatorischen Stoff, auf dessen Grundlage Muslime und ihre Religion zum rhetorischen Abschuss durch die LeserInnen dieser Web-Seite frei gegeben werden.

Erschreckend indes ist der eklatante Mangel an Problembewusstsein seitens der Bundesregierung, die noch im September 2011 auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke hin solcherart antimuslimischer Hetze das Siegel der „Islamkritik“ verleiht: „Derartige Einträge finden sich fast ausschließlich in den Kommentaren und sind auch dort die Ausnahme. Die überwiegende Mehrheit der Einträge auf PI bedient sich keiner klassischen rechtsextremistischen Argumentationsmuster, sondern ist im islamkritischen Spektrum anzusiedeln.“

Sämtliche Zitate aus: Knut Mellenthien, Islamkritik – Rassismus tarnt sich als Religionswissenschaft, Hintergrund 3-2012, www.hintergrund.de

Aktuelle Studien stellen eine erschreckend hohe Zustimmung zu antidemokratischen Überzeugungen fest. In Ostdeutschland teilen 16% und im Westen 7% der Bevölkerung ein ‚geschlossenes rechtsextremes Weltbild‘. Immer stärker entluden sich dabei die Vorbehalte gegen Muslime und den Islam insgesamt.

Der Aussage, dass Muslimen nicht die gleichen Rechte eingeräumt werden sollten, wie allen anderen, stimmen 27% von insgesamt 2.500 im Sommer 2012 Befragten voll und ganz, 30,1% zumindest überwiegend zu. Kritische Haltungen gegen den Islam herrschen im Osten bei zwei Dritteln der Bevölkerung vor, in Westdeutschland bei über der Hälfte. Protestanten und Konfessionslose sind diesbezüglich anfälliger als Katholiken. Regelrecht feindselig ist ein Drittel der

Bevölkerung gegen den Islam eingestellt. Bei Männern ist dies deutlicher ausgeprägt, als bei Frauen.

Eine Entwicklung, die in Gesellschaft und im Alltag auch jenseits extremistischer Verirrungen ihre Intensität entfaltet. Allzu gern schreibt die Mehrheitsgesellschaft Muslimen die Verantwortung für sämtliche ihrer eigenen orientalische Klischees zu. Die Wirklichkeiten in islamischen Staaten werden pauschal über den Leisten vermeintlich europäischer Werte gebrochen. Die Alltagskultur der in Deutschland lebenden Muslime muss regelmäßig mediale sogenannte ‚Islamkritik‘ über sich ergehen lassen. Auf dem Arbeitsmarkt bestehen für Muslime besondere Hürden.

Gute Gründe also für eine Veranstaltungsreihe, die sich intensiver mit Ursachen und Wirkungen bestehender Islamfeindschaft und dem Schubladendenken in Gesellschaft und in den Institutionen beschäftigt und mit der Politik bestehende Handlungsbedarfe diskutiert:

Dienstag, **15. Januar 2013**, Prof. Alexander Flores, Universität Bremen:
„Zivilisation oder Barbarei? Der Islam im historischen Kontext“

Dienstag, **19. Februar 2013**, Prof. Beate Küpper; Hochschule Niederrhein:
„Deutsche Zustände – Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als gesellschaftliches Querschnittsphänomen“

Dienstag, **12. März 2013**, Dr. Sabine Schiffer, Erlangen:
„Islamkritik in Deutschland – Die Rolle der Medien“

Dienstag, **23. April 2013**, Prof. Dr. Dorothee Frings, Hochschule Niederrhein:
„Diskriminierung im Arbeitsleben aufgrund islamischer Religionszugehörigkeit“

Dienstag, **21. Mai 2013**, Podiumsdiskussion mit Abgeordneten des Bundes- und des Landtages:
„Islamfeindlichkeit – Gegenstrategien und Handlungsbedarfe in Schleswig-Holstein“

Veranstaltungsort: Landeshaus, Schleswig-Holstein-Saal, Düsterbrookweg 70, Kiel.

Anmeldung: fb@landtag.ltsh.de, Tel. 0431-9881293

VeranstalterInnen: Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. • Landesbeauftragter für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen SH • Rosa Luxemburg Stiftung SH • PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband SH • Antidiskriminierungsverband SH • Landeszentrale für politische Bildung SH • Heinrich Böll Stiftung SH